



ENTWICKLUNG BRAUCHT ENTSCHULDUNG

Suche ...

[STARTSEITE](#) [INFORMIEREN](#) ▾ [MITMACHEN](#) [MATERIALIEN](#) ▾ [ÜBER UNS](#) ▾ [PRESSE](#) [BLOG](#)

START » [OFFENER BRIEF AN BUNDESFINANZMINISTER LINDNER: ORGANISATIONEN FORDERN SAFE HARBOR-GESETZ](#)

OFFENER BRIEF AN BUNDESFINANZMINISTER LINDNER: ORGANISATIONEN FORDERN SAFE HARBOR-GESETZ

(Düsseldorf, 29. Oktober 2024) Mehr als 60 Organisationen appellieren in einem Offenen Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner, einen Entwurf für ein Safe Harbor-Gesetz vorzulegen. Damit sollen private Gläubiger verpflichtet werden, sich an Schuldenerleichterungen für Länder des Globalen Südens zu beteiligen. Hintergrund ist die anhaltende Schuldenkrise, die auch jüngst bei der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Washington im Fokus stand. Initiator des Offenen Briefes ist das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de.

Malina Stutz, Politische Referentin bei erlassjahr.de erklärt: „Länder wie Sri Lanka und Kenia stehen durch ihre hohe Schuldenlast vor großen Herausforderungen. Ihnen fehlen die Mittel, um globale Krisen zu bewältigen und grundlegende soziale und wirtschaftliche Rechte ihrer Bevölkerung zu sichern.“ Ein zentrales Problem sei, dass private Gläubiger wie der Investmentfonds BlackRock sich nur unzureichend an Schuldenerleichterungen beteiligen, obwohl sie rund 60 Prozent der Forderungen gegenüber Ländern des Globalen Südens halten. Dies geschehe sowohl auf Kosten der Bevölkerung in den Schuldnerländern als auch auf Kosten deutscher Steuerzahler*innen. Denn ein beachtlicher Teil der internationalen Unterstützung fließe so nicht in die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau der Länder, sondern in die Taschen unkooperativer privater Gläubiger.

In dem Brief heißt es: „Eine Lösung für dieses Problem wäre, in Staaten des Globalen Nordens Gesetze zu verabschieden, die eine ausreichende Beteiligung privater Gläubiger an internationalen Schuldenrestrukturierungen durchsetzen. In Deutschland wäre das ein sogenanntes „Safe-Harbor-Gesetz“. Ein solches Gesetz würde den Betrag, den private Gläubiger in Deutschland einklagen und vollstrecken können, auf den Umfang beschränken, der in internationalen Verhandlungen vereinbart wurde. Dies würde auch die internationale Finanzarchitektur fairer und verlässlicher gestalten.“

Ein solches Gesetz sei realisierbar und könne noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Stutz: „Seit mehreren Jahren findet ein intensiver Austausch zu diesem Thema zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft,

Rechtspraxis und der Politik statt, zuletzt Anfang Oktober bei der Hamburg Sustainability Conference. Es besteht große Einigkeit, dass ein Safe Harbor-Gesetz sowohl notwendig als auch umsetzbar ist. Auch eine aktuelle Studie der GIZ bestätigt das. Nun liegt der Ball beim Bundesfinanzministerium, einen konkreten Gesetzesentwurf vorzulegen.“

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die Kirchlichen Entwicklungsdienste der Ev. Landeskirchen in Baden sowie in Braunschweig und Hannovers, die Romero Initiative, die Christians for Future Deutschland, das Eine Welt Netz NRW, SODI e. V., WEED e. V. sowie etliche Eine Welt-Gruppen und kirchliche Institutionen bundesweit.

Das deutsche Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.“ setzt sich dafür ein, dass den Lebensbedingungen von Menschen in verschuldeten Ländern mehr Bedeutung beigemessen wird als der Rückzahlung von Staatsschulden. erlassjahr.de wird von mehr als 500 Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft bundesweit getragen und ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk nationaler und regionaler Entschuldungsinitiativen.

Weitere Informationen:

- Offener Brief an Bundesfinanzminister Lindner (29.10.2024): „**Keine Profite auf Kosten der Ärmsten: Private Gläubiger jetzt per Gesetz in die Pflicht nehmen**“
- erlassjahr.de-News-Beitrag (29.10.2024): **“Offener Brief an Bundesfinanzminister Lindner: Mehr als 60 Organisationen fordern ein Safe Harbor-Gesetz”**
- erlassjahr.de-News-Beitrag (11.10.2024): **„Hamburg Sustainability Conference: Diskussion zum Einbezug privater Gläubiger bei Schuldenstreichungen durch nationale Gesetzgebung“**
- GIZ-Studie (Mai 2024): **„Statutory and Policy Measures to Enhance Private Sector Participation in Sovereign Debt Restructurings“**
- erlassjahr.de-Fachinformation 71 (2023): **„Das Potenzial nationaler Gesetze für die faire Lösung globaler Schuldenkrisen“**

- erlassjahr.de-Kampagne **„Mit Schulden fair verfahren! Koalitionsvertrag umsetzen. Staateninsolvenzverfahren schaffen.“**
- **Forderungen und Handlungsempfehlungen** an die Bundesregierung

Kontakt für die Presse:

Elise Kopper
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: presse@erlassjahr.de
Tel: 0211 / 46 93 211
www.erlassjahr.de

← **Forderung nach einem Staateninsolvenzverfahren:
Entschuldungsbündnis erlassjahr.de übergibt
Unterschriften an Bundesentwicklungsministerin Schulze**

IN ALLER KÜRZE

+++ 29. OKT 2024 +++

PM: Organisationen fordern Schaffung eines Safe Harbor-Gesetzes

Mehr als 60 Organisationen appellieren in einem [Offenen Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner](#), einen Entwurf für ein Safe Harbor-Gesetz vorzulegen. Damit sollen private Gläubiger verpflichtet werden, sich an Schuldenerleichterungen für Länder des Globalen Südens zu beteiligen. Hintergrund ist die anhaltende Schuldenkrise, die auch jüngst bei der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Washington im Fokus stand. Initiator des Offenen Briefes ist das deutsche Entschuldungsbündnis [erlassjahr.de](#). [Mehr Informationen in der heutigen Pressemitteilung.](#)

+++ 24. OKT 2024 +++

In eigener Sache: Sachbearbeiter*in (Projekt-)Verwaltung und Büroorganisation (m/w/d) gesucht

Für die Unterstützung der [erlassjahr.de](#)-Geschäftsstelle in Düsseldorf suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt

JETZT UNTERZEICHNEN: OFFENER BRIEF AN LINDNER



Keine Profite auf Kosten der Ärmsten! Private Gläubiger jetzt per Gesetz in die Pflicht nehmen! Wir fordern mit einem Offenen Brief an Bundesfinanzminister Lindner die Bundesregierung zum Handeln auf. [Der Brief kann hier auf unserer Website von Gruppen, Organisationen und Institutionen unterzeichnet werden.](#)

SCHULDENREPORT 2024

Hier bestellen oder kostenlos downloaden.

AKTUELLE KAMPAGNE

Alle Infos und Mitmachmöglichkeiten zur aktuellen Kampagne findet ihr hier:
"Mit Schulden fair verfahren!"

TERMINE

14.11. | 17:30–18:30 | online

Lernsnack: Staatsschulden und Klimakrise – Aktivitäten für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

16.11. | 9:30–17:00 | Hannover

Konferenz: Kritischer Blick auf Fluchtursachen – Neue Ideen für mehr Gerechtigkeit weltweit

24.1.2025 | 17:30–26.1.2025 | 13:00 | Schwerte

Tagung: Macht und Ressourcen umfairteilen! Wie kommen wir zu einer gerechteren Welt?

7.11.2025–9.11.2025 | Bonn

Save the date: erlassjahr.de-Jahrestagung 2025

[Zeige alle Termine](#)

MATERIALIEN

Entschuldungskurier 2024

0,00 €

plus [Versand-Kosten](#)

Poster zum Aktionstag 18.06.2024

0,00 €

inkl. MwSt.

plus [Versand-Kosten](#)

Flyer zum Aktionstag 18.06.2024

0,00 €

inkl. MwSt.

plus [Versand-Kosten](#)

NEWSLETTER

E-Mail:

Ja, ich möchte den Newsletter bestellen. Eine Abmeldung ist jederzeit möglich.

Anmelden

Wir schicken Ihnen einmal im Monat unseren Newsletter mit Informationen zu unseren Aktivitäten, Publikationen und aktuellen Entwicklungen im Themenfeld Staatsverschuldung. Der Versand des Newsletters erfolgt nur, wenn Sie uns zuvor eine Einwilligungserklärung im sogenannten double opt-in Verfahren erteilt haben. Ihre Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen, darauf weisen wir ausdrücklich auch in den jeweiligen Newslettern noch einmal hin. Weitere Hinweise zum Datenschutz, insbesondere im Zusammenhang mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihren Rechten nach Maßgabe der Datenschutzgrundverordnung erhalten Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

IN SOZIALEN NETZEN



[STARTSEITE](#) [TERMINE](#) [BLOG](#) [KONTAKT](#) [IMPRESSUM](#) [DATENSCHUTZ](#) [NACH OBEN](#)